



Bevölkerungsbeteiligung Ein praktischer Wegwei- ser für ländliche Ge- meinden

Inhalt

Jede Gemeindeentwicklung knüpft dort an, wo aktuelle Fragen auf Antworten warten. Was passiert mit unserem Dorflanden, mit der Post? Wie gestalten wir den neuen Schulhausplatz? Wie können wir für Familien attraktiver werden? Wie schaffen wir Arbeitsplätze? Brauchen wir neues Bauland für Einfamilienhäuser oder für Gewerbetreibende? Wie können wir unseren Dorfkern aufwerten? Wie schützen wir unsere intakte Landschaft? Das sind nur einige Beispiele von Motiven für die Lancierung einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung. Um die Brennpunkte in der eigenen Gemeinde zu erkennen, müssen nicht unbedingt Experten von Aussen eine aufwändige und teure Problemanalyse durchführen. Denn die besten Fachleute in der Gemeinde sind die Einwohner und Einwohnerinnen, die ihren Lebensraum bestens kennen und die je nach Anspruchslage genau wissen wo der Schuh drückt. Als hilfreich erweisen sich hier so genannte Indikatoren, messbare Merkmale, nach denen sich Stärken und Schwächen, Chancen und Gefahren erfassen (SWOT-Analyse) und darauf abgestützte Entscheidungen treffen lassen. Ausgangspunkt dafür bilden Schlüsselfragen zu Teilaspekten, welche die Siedlungsqualität der fünf wichtigsten Gemeindekategorien (Hauptzentren, Zentrums-gemeinden, touristische Zentren, Agglomerationsgemeinden, ländliche Gemeinden) beeinflussen. Der hier vorgelegte Fragenkatalog bezieht sich auf die Bereiche Funktionalität, Siedlung, Umwelt, Gesellschaft und Finanzen.



Bevölkerungsbeteiligung

Ein praktischer Wegweiser für ländliche Gemeinden

Demokratie auf dem Prüfstand

Wir leben in einer Welt, deren komplexe Zusammenhänge, Abläufe und raschen Umbrüche der einzelne Mensch kaum mehr durchschauen, geschweige denn richtig verstehen kann. So wähnen sich viele von uns selbst in ihrem nächsten Lebensumfeld Kräften gegenüber, denen sie sich zusehends macht- und hilflos ausgeliefert fühlen. Während die einen darob resignieren, sich in ihre Privatsphäre zurückziehen und sich damit von ihren staatsbürgerlichen Mitverantwortungen verabschieden, weigern sich andere, gewisse Fakten einfach hinzunehmen, reagieren zusehends ungehalten und fordern für sich vehement mehr Mitspracherecht. In einer direkten Demokratie wie der unsrigen kann dieses Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Kräfte niemanden gleichgültig lassen. Als erprobte Mittel, der Entfremdung eines Teils der Bürger auf der einen und der Radikalisierung des andern Teils entgegenzuwirken, gelten heute Massnahmen, welche den Einzelnen stärker und früher einbinden in Entscheidungsprozesse, die seine Lebensbedingungen beeinflussen und die er aktiv mitgestalten kann. Kurz: gefragt ist mehr Bürgerbeteiligung, namentlich auf der Stufe Gemeinde. Denn nirgends sonst erfahren Bürgerinnen und Bürger positive und negative Veränderungen ihrer Lebensqualität so unmittelbar wie hier - in ihrer Stadt, ihrem Dorf, ihrem Quartier.

Mit Indikatoren und Schlüsselfragen zu gemeinsamen Zielen

Nun ist aber Partizipation auch in unserem Kanton keine Unbekannte, wird sie doch gerade auf raumplanerischem Gebiet in den meisten Regionen und Gemeinden schon seit langem ausgeübt. Allerdings



beschränkte sie sich hier bislang vorwiegend auf generelle Weichenstellungen, besonders auf die Richtpläne. Siedlungsqualität aber beinhaltet mehr als planerische und bauliche Festlegungen, sondern umfasst auch ökologische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und funktionale Aspekte. Soll sie entstehen, verbessert und bewahrt werden können, muss sich die ganze Bevölkerung eines Dorfes oder einer Stadt mit ihr auseinandersetzen, muss sie festlegen, was diese Qualität für sie im Einzelnen bedeutet. Dazu wiederum bedarf es klarer Kriterien, die es erlauben, die Gemeindeentwicklung objektiv zu beurteilen und zu steuern. Als hilfreich erweisen sich hier so genannte Indikatoren, messbare Merkmale, nach denen sich Stärken und Schwächen, Chancen und Gefahren erfassen (SWOT-Analyse) und darauf abgestützte Entscheidungen treffen lassen.

Ausgangspunkt dafür bilden Schlüsselfragen zu Teilaspekten, welche die Siedlungsqualität der fünf wichtigsten Gemeindekategorien (Hauptzentren, Zentrumsgemeinden, touristische Zentren, Agglomerationsgemeinden, ländliche Gemeinden) beeinflussen. Der hier vorgelegte Fragenkatalog bezieht sich auf die Bereiche Funktionalität, Siedlung, Umwelt, Gesellschaft und Finanzen. Die Fragen sind so gestellt, dass sie möglichst konkret beantwortet werden müssen und dadurch auch eine sachliche Beurteilung und Bewertung des jeweiligen Sachverhaltes erlauben. Gleichwohl ist der Katalog nicht als unumstößliche Liste zu verstehen, nach der stur zu verfahren wäre. Die Schlüsselfragen sind vielmehr als Beispiele gedacht, wollen anregen und können jederzeit abgewandelt, ergänzt, weggelassen oder auf die besonderen Gegebenheiten einer Gemeinde zugeschnitten werden. Wie aber, in welchen Gremien und nach welchen Verfahren sollen sie in der Gemeinde diskutiert werden, damit den Ansprüchen an eine möglichst breit abgestützte Bürgerbeteiligung Genüge geleistet wird und dieser Ziele und Massnahmen folgen, die von allen Bevölkerungskreisen mitgetragen werden – als eine gemeinsame Vision ihrer Zukunft?

Zwischen Volksnähe und Expertenwissen

Wir schlagen dazu drei Modelle vor, die sich einerseits durch die Zusammensetzung der am Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess beteiligten Bürger und andererseits durch ihre Vorgehensweisen voneinander unterscheiden.

- Modell «Basis»

Bei ihm wird die ganze Bevölkerung im Rahmen einer öffentlichen Zukunftskonferenz in die Meinungsbildung einbezogen, die «Knochenarbeit» jedoch von einem professionellen Team besorgt.

- Modell «Expert»

Hier wird die Zukunft der Gemeinde primär von Politikern und Fachleuten geplant, die sich aber mittels Meinungsumfragen direkt auf die Wünsche der Bevölkerung abstützen.

- Modell «Repräsentativ»

In diesem Fall obliegt die Zukunftsplanung einem repräsentativen Kreis engagierter und kompetenter Bürger aus mehreren Bevölkerungsgruppen und einem Leitungsteam, wobei mit Workshops gearbeitet wird.

Alle drei Modelle, die auf den nächsten Seiten kurz umrissen werden, haben ihre Vor- und Nachteile. Es obliegt der jeweiligen Gemeinde zu entscheiden, welche Methode sie bevorzugt. Für den Erfolg ausschlaggebend ist dabei weniger, nach welchem Modell man vorgehen will, als dass möglichst viele Bevölkerungsschichten in den Prozess einbezogen werden: von der Erfassung des Ist-Zustandes, über die Zielformulierung bis hin zur Planung konkreter Massnahmen. Denn nur das vermeidet einerseits, dass einzelne Bevölkerungsgruppen marginalisiert oder ausgeschlossen werden und sich später querlegen, und ermöglicht andererseits eine positive Grundstimmung für das Verfahren, Solidarität gegenüber der Gemeinschaft, Identifikation mit den gemeinsam festgelegten Zielen und ein breites Engagement, diese auch umzusetzen.

Spielerisch an die Arbeit

Aber auch die hier vorgestellten Modelle und deren Durchführung wollen nicht als unabänderlich verstanden sein, sondern bieten Spielraum für individuelle Anpassungen und um sie noch gezielter auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten der eigenen Gemeinde zuzuschneiden. Dabei ist aber unbedingt zu beachten, die Auseinandersetzung mit der Siedlungsqualität nicht einfach als lästige und trockene Pflichtübung durchzupauken. Nein, das Ganze soll bewusst kreativ angegangen werden und auch spielerische Elemente umfassen. Ein Spiel der Gemeinde mit sich selbst gewissermassen, ein Spiel das anregt, Freude, ja Lust bereitet und neben allem Ernst der Themen und aller Zielstrebigkeit auch genügend Zeit bietet, soziale Kontakte zu pflegen, neue Gesichtspunkte kennen zu lernen, Gemeinschaft zu erleben und über alle Grenzen hinweg Mitverantwortung für sie zu spüren.



Drei Beteiligungs-Modelle

Das Modell «Basis»

Prinzip

Bei diesem Modell würde die ganze Bevölkerung in die Meinungsbildung einbezogen, die «Knochenarbeit» jedoch von einem professionellen Team besorgt.

Methode

Verbindung von «Brainstormings» im Rahmen einer öffentlichen Zukunftskonferenz und professioneller Bestandesaufnahme, Analyse, Zielformulierung und Massnahmenplanung.

Akteure

- Leitungsteam: Gemeindepräsident, Moderator und 3-5 Fachleute (z.B. Ortsplaner, Tourismus-, Gesundheits-, Finanzexperten, Kulturschaffender)
- ev. temporärer Organisator/Administrator(in) zur Unterstützung des Leitungsteams
- Zukunftskonferenz aller Dorfbewohner
- Gemeindeversammlung (oder Urnenabstimmung)

Organisation/Durchführung

1. Vorarbeiten und Bestimmung des Leitungsteams (ARE/Gemeinde/externer Berater)
2. Planung der Leitungsaufgaben (Leitungsteam)
3. Zukunftskonferenz (alle interessierten Dorfbewohner, 1 Tag)
 1. Spielerische Einführung in die Schlüsselfragen



2. Bildung von Arbeitsgruppen nach Sachgebieten
 3. Erfassung des Ist-Zustandes in Gruppen
 4. Zielformulierung in Gruppen nach Sachgebieten
 5. Präsentation der Gruppenergebnisse im Plenum
 6. Gesellschaftlicher Anlass (Lunch)
 7. Massnahmenplanung in Gruppen nach Sachgebieten
 8. Präsentation der Massnahmenvorschläge im Plenum
 9. Ausklang (Aperitif, ev. Essen mit kulturellen Beilagen)
4. Auswertung der Zukunftskonferenz (Leitungsteam)
 5. Redaktion der Ziele und Massnahmen (Leitungsteam)
 6. Medienkonferenz und Versand der Ziele und Massnahmen (Leitungsteam)
 7. Gemeindeversammlung (Gemeinderat und einzelne Fachleute, 2-3 Stunden)
 1. Diskussion der Ziele und Massnahmen
 2. konsultative Abstimmung oder formelle Genehmigung
 8. ev. Nachbearbeitung und Schlussredaktion (Leitungsteam)

Einige Vor- und Nachteile dieses Modells

- die Bevölkerung würde aktiv in ihre Zukunftsplanung einbezogen
- Ziele und Massnahmen wären demokratisch breit abgestützt
- das Verfahren gestaltete sich relativ aufwändig
- Verpolitisierung des Prozesses nicht auszuschliessen



Das Modell «Expert»

Prinzip

Hier würde die Zukunft der Gemeinde primär von Politikern und Fachleuten geplant, die sich aber auf Wunschvorstellungen der Bevölkerung abstützten.

Methode

Ausgehend von den Schlüsselfragen Durchführung einer Meinungsumfrage bei allen Dorf-bewohnern als Grundlage für eine zuverlässige Ermittlung des Ist-Zustandes und zur Formulierung künftiger Ziele und Massnahmen.

Akteure

- Initianten: ARE GR/ externer Berater
- Expertenteam: Gemeindepräsident, Moderator und je 3-5 Politiker (Gemeinde-/Kantonsräte) und Fachleute (z.B. Ortsplaner, Tourismus-, Gesundheits-, Finanzexperten, Kulturschaffender)
- ev. temporäre Organisator(in)/Administrator(in) zur Unterstützung des Expertenteams

Organisation/Durchführung

1. Bestimmung des Expertenteams (ARE/Gemeinde/externer Berater)
2. Vorbereitung und Durchführung der Meinungsumfrage (Expertenteam)
3. Experten-Workshops (im Plenum oder in mehreren Arbeitsgruppen, 1-2 Tage)
 1. Auswertung der Meinungsumfrage
 2. Erfassung und Analyse des Ist-Zustandes

3. Zielformulierung
4. Massnahmenplanung
5. Verabschiedung des Gesamtdokumentes
6. Geselliger Ausklang (Apéro/Essen)
4. Medienkonferenz (Expertenvertreter)
5. Orientierungsversammlung für die Bevölkerung (Gemeinderat)
1. Diskussion der Ziele und Massnahmen
2. konsultative Abstimmung oder formelle Genehmigung

Einige Vor- und Nachteile dieses Modells

- auch hier würde die Bevölkerung zumindest teilweise in den Prozess einbezogen
- der Aufwand hielte sich in Grenzen und wäre auch mit weniger Teilnehmern möglich
- Meinungsumfrage erlaubt keine spontane Interaktionen
- eventuell Gefahr, dass die Übung in ein Experten- oder Politspiel ausufert

Das Modell «Repräsentativ»

Prinzip

In diesem Fall obläge die Zukunftsplanung einem repräsentativen Kreis engagierter und kompetenter Bürger aus verschiedenen Bevölkerungs-, Alters- und Berufsgruppen sowie einem kleinen Leitungsteam, allenfalls ergänzt um einzelne Fachleute.

Methode

Workshops zur Ermittlung des Ist- und Soll-Zustandes einerseits und zur Formulierung der Ziele und Massnahmen andererseits.

Akteure

- Initianten: ARE GR/ externer Berater
- Leitungsteam: Gemeindepräsident, Moderator und 2-3 Fachleute (z.B. Ortsplaner, Tourismus-, Gesundheits-, Finanzexperten, Kulturschaffender)
- ev. temporäre Organisator(in)/Administrator(in) zur Unterstützung des Leitungsteams
- aus der Bevölkerung gebildetes Gremium von 20-25 Personen für Workshops mit abwechselnd zusammengesetzten Arbeitsgruppen

Organisation/Durchführung

1. Vorarbeiten und Bestimmung des Leitungsteams (ARE/Gemeinde/evtl. externer Berater)
2. Planung der Leitungsaufgaben (Leitungsteam)
3. Workshop (Arbeitsgruppen, 1 Tag)
 1. Spielerische Einführung in die Schlüsselfragen und Workshopsaufgabe im Plenum
 2. Erfassung des Ist-Zustandes in Gruppen nach Sachgebieten
 3. Zielformulierung in Gruppen nach Sachgebieten
 4. Präsentation des Ist-Zustandes/der Ziele und Diskussion im Plenum
 5. Gesellschaftlicher Anlass (Lunch)
 6. Massnahmenplanung in Gruppen nach Sachgebieten



7. Präsentation und Diskussion der Massnahmenvorschläge im Plenum
8. Gesellschaftlicher Anlass für Beteiligte (Apéro/Essen mit kulturellen Beilagen)
4. Redaktion der Ziele und Massnahmen (Leitungsteam)
5. Schriftliche oder mündliche Orientierung der Bevölkerung und Medienkonferenz (Leitungsteam)

Einige Vor- und Nachteile dieses Modells

- das Verfahren verbindet die Vorzüge von «Basis» und «Expert»
- umgekehrt versucht es, deren Nachteile zu lindern
- das Modell ist weniger aufwändig als «Basis», aber aufwändiger als «Expert»
- die demokratische Abstützung ist nur teilweise gegeben, liesse sich aber mit einer formelle Genehmigung der Ziele/Massnahmen durch die Gemeindeversammlung verbessern

Siedlungsgestaltung

Aspekt / Profil / Indikandum	Indikator	Messgrösse	HZ	Z	TZ	AG	L
Funktionalität — Versorgung / Ausstattung (V)							
Kultur							
Kommerzielles Kulturangebot	HZ / TZ: Überregional bekannte Veranstaltungen	Anzahl / Jahr	V1		V1		
	Z: Mehrzweckhalle	ja / nein		V2			
Vielfalt Kulturangebot	Öff. Gelder an Kleintheater / Kultur-einrichtungen Laienproduktionen	Betrag	V3	V3	V3	V3	V3
Einkauf							
Güterversorgung ausserhalb Zentren	AG: Detailhandelsgeschäfte	Anzahl				V4	
	L: Einkaufsmöglichkeit Grundversorgung	Anzahl					V5
Freizeit							
Angebot Bereich Sport / Bewegung	HZ / Z / TZ: Freizeiteinrichtungen mit grösserem Einzugsgebiet	Anzahl	V6	V6	V6		
Bildung							
Bildungsangebot	HZ: Lergänge Hochschule	Anzahl	V7				
	Z: Tertiärbildung oder Berufsschule	ja / nein		V8			
	AG: alle obligatorischen Schulstufen	ja / nein				V9	
	L: eine der drei obligatorischen Schulstufen	ja / nein					V10
Gesundheit							
Versorgungssicherheit Gesundheit	HZ: Spital Zentralversorgung	ja / nein	V11				
	Z: Spital Grundversorgung	ja / nein		V12			
	TZ / AG: Arztversorgung vor Ort	Anzahl				V13	
	L: nächster Arzt	Fahrzeit					V14
Service public							
Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen vor Ort ausserhalb Zentren	AG / L: Bediente Poststelle	ja / nein				V15	V15
	AG / TZ: Bankgeschäftsstelle	ja / nein				V16	V16
	L: Bankdienstleistung (Bancomat, Postomat)	ja / nein					V17
Funktionalität — Erschliessung / Erreichbarkeit (E)							
Innerorts							
Sicherheit und Erreichbarkeit für Fussgänger und Radfahrer	HZ / Z / TZ: Weitgehend flächendeckendes Fussgänger- und Radwegnetz	Schlecht-sehr gut	E1	E1	E1		
	AG / L: Weitgehend vorhandenes Fuss- und Radwegnetz an hauptverkehrswegen	Schlecht-sehr gut				E2	E2
Erschliessungsqualität weniger mobile Bevölkerung	HZ / Z / TZ: Bedienungsintensität im Ortszentrum 6.00 - 9.00 werktags	Anzahl Halte/h	E3	E3	E3		
Öffentliche Verkehrsmittel							
Erreichbarkeit mit öffentlichem Verkehr	HZ / Z / TZ: direkte Verbindungen* ins nächste Grosszentrum (Zürich)	Anzahl / Tag	E4		E4		
	Z: direkte Verbindung* HZ	Anzahl / Tag		E5			
	AG: direkte Verbindungen* Z	Anzahl / Tag				E6	
	L: Verbindungen Z	Anzahl / Tag					E6

HZ = Hauptzentrum

Z = Regionalzentrum

TZ = Touristisches Zentrum

AG = Agglomerationsgemeinde

L = Ländliche Gemeinde

V = Versorgung

E = Erschliessung

W = Wohnumfeld

B = Bauliche Entwicklung

U = Umwelt

G = Gesellschaft

F = Finanzen

Aspekt / Profil / Indikandum	Indikator	Messgrösse	HZ	Z	TZ	AG	L
Siedlung — Wohnumfeld (W)							
Begegnungen							
Möglichkeiten gemeinschaftliche Aktivitäten / Kontaktpflege.	HZ / TZ / Z: Öffentliche / halböffentliche Begegnungsorte (Spiel und Aufenthalt).	Anzahl	W1	W1	W1		
Freiräume							
Attraktivität bezüglich Freiräumen	HZ / Z / TZ / AG: Grünflächen in Wohnzonen und in Mischzonen (unterscheiden)	Anteil Zonenart	W2	W2	W2	W2	
Siedlung — Bauliche Entwicklung (B)							
Historische Bauten und Strukturen							
Sensibilität in Bezug auf das Bauen und den Umgang mit wertvolleren Bauten und Strukturen.	Objekte unter Schutz von Kanton oder Bund (ohne Sakralbauten)	Anzahl	B1	B1	B1	B1	B1
	Spezielle Einrichtung oder Organ für Bauvorhaben von hist. Bauten / Strukturen	ja / nein	B2	B2	B2	B2	B2
Verlust an historischer Substanz	Abbrüche und Auskemmungen in historischen Gebäuden	Anzahl / Jahr	B3	B3	B3	B3	B3
Wille zur Erhaltung historischer Siedlungsteile	Gebiete (Bauten, Aussenräume) mit spezifischen Festlegungen in Nutzungsplanung	Anteil Fläche inhist. Ortsteil	B4	B4	B4	B4	B4
Wille zur Umsetzung	Beurteilung von Bauvorhaben unter Miteinbezug fachqualifiziertem Personal*	Anteil Bauvorhaben hist. Ortsteil	B5	B5	B5	B5	B5
Neubauggebiete							
Wille zur Gestaltung von Neubaugebieten	Gebiete, die nach einer erkennbaren Gestaltungsidee (Bebauung, Erschliessung) entwickelt werden und das Nachbargebiet berücksichtigen (QP u.ä.).	Anteil Bauzone	B6	B6	B6	B6	B6
Umwelt (U)							
Lärm							
Lärmbelastung am Wohnort	Am Wohnort lärmbeeinträchtigte Personen	Information ist durch den Kanton bereitzustellen	U1	U1	U1	U1	U1
Luft							
Qualität der Luft	Bevölkerung in Gebieten mit Güteklasse X nach Langzeit-Luftbelastungsindex (LBI)	Information ist durch den Kanton bereitzustellen	U2	U2	U2	U2	U2
Ökologie							
Biodiversität	HZ / Z / TZ / AG: Brutvögelindex		U3	U3	U3	U3	U3
Bewusstsein in Bezug auf sparsamen Umgang mit Ressourcen	Minergiebauten	Anteil an Neubauten	U4	U4	U4	U4	U4
	Wassermenge vor ARA	Liter Eiw./Jahr	U5	U5	U5	U5	U5
Gesellschaft (G)							
Sicherheitempfinden im Ort	Bei Polizei eingereichte Anzeigen	Anzahl / Einw.	G1	G1	G1	G1	G1
Gemeinschaftliche Aktivitäten im Ort	Vereine	Anzahl	G2	G2	G2	G2	G2
Finanzen (F)							
Einkommenssituation Einwohner	Kantonssteuerertrag natürliche Personen	Fr. / Einwohner bezogen auf Ø Gemeindetyp	F1	F1	F1	F1	F1
Gewinnsituation Unternehmungen	HZ / Z / TZ / A: Kantonssteuerertrag jur. Per-		F2	F2	F2	F2	

HZ = Hauptzentrum

Z = Regionalzentrum

TZ = Touristisches Zentrum

AG = Agglomerationsgemeinde

L = Ländliche Gemeinde

V = Versorgung

E = Erschliessung

W = Wohnumfeld

B = Bauliche Entwicklung

U = Umwelt

G = Gesellschaft

F = Finanzen

Funktionalität — Versorgung / Ausstattung (V)

Öffentliche Gelder an Kleintheater / Kultureinrichtungen Laienproduktionen (V3)

1. Wo und wie sind die Kulturförderung und Kulturvermittlung in unserer Gemeinde / Region verankert (Gemeindeordnung, Leitbild, Konzepte, Behördenbeschlüsse), was umfassen sie und wo besteht Handlungsbedarf?
.....
.....
2. Zielt die Kulturpolitik unserer Gemeinde darauf ab, das kulturelle Schaffen zu fördern und ein attraktives Kulturangebot für alle Bevölkerungsschichten zu sichern? Wenn nein: was befriedigt nicht und müsste geändert werden?
.....
.....
3. An welche Vereine (z.B. Dorfmusik, Theatervereine, Filmclub), Institutionen (Ortsmuseum, Galerien), Anlässe (Volksfeste, Konzerte), Projekte («Events», Kurse) und einzelne Künstler leistet die öffentliche Hand finanzielle Beiträge und in welcher Höhe?
.....
.....
4. Unterstützt die Gemeinde die «Volkskultur» durch immaterielle Hilfen wie kostenlose Bereitstellung von Probe- und Aufführungsräumen, Ausstellungslokalen, technischen Anlagen, den Aufbau von Freilichtbühnen und –Zuschauertribünen, Beratung, Organisation, Publikationen u.A. und wie könnte sie dieses Angebot verbessern?
.....
.....
5. Was wird für die kulturelle Früherziehung von Kindern (z.B. Musikunterricht), die Erwachsenenbildung (z.B. Seniorenkurse) oder zur besseren Integration von Zugewanderten aus andern Kulturräumen (z.B. Sprach- und staatsbürgerliche Kurse) getan?
.....
.....
6. Liessen sich bei uns die Rahmenbedingungen zur Erhaltung wertvoller Kulturgüter und zur Förderung des kulturellen Schaffens auch indirekt verbessern, etwa in Form von Steuererleichterungen, finanziellen, Anreizen, Wettbewerben usw.
.....
.....

Funktionalität — Versorgung / Ausstattung (V)

Einkaufsmöglichkeit Grundversorgung (V5)

1. Kann man sich in unserem Dorf jederzeit mit den wichtigsten Gütern des täglichen Bedarfs eindecken und was müsste vorgekehrt werden, um das weiterhin oder wieder zu gewährleisten?
.....
.....
2. Bietet wenigstens ein Detailgeschäft die gängigsten Grundnahrungsmittel einschliesslich Brot, Gemüse, Früchte, Milchprodukte und Fleisch sowie Produkte aus dem Nonfood-Bereich (Wasch- und Putzmittel, Toilettenartikel, Papeteriewaren) an?
.....
.....
3. Haben wir eine eigene Bäckerei / Konditorei, die täglich frisches Brot und andere Backwaren herstellt, und der vielleicht sogar ein Café / Tea-Room / Restaurant als Treffpunkt für Jung und Alt angeschlossen ist?
.....
.....
4. Wo findet sich die nächste Apotheke oder Drogerie und wo und wie könnte man sich notfalls anderweitig Medikamente besorgen: bei welchen Ärzten, in welchem Spital, Alters- oder Pflegeheim?
.....
.....
5. Welche weiteren Detailhandelsgeschäfte gibt es sonst noch in unserem Dorf oder wüssten wir uns dringend, um unserer Versorgungslage zu verbessern?
.....
.....

Funktionalität — Versorgung / Ausstattung (V)

Eine der drei obligatorischen Schulstufen (V10)

1. Gibt es in unserer Gemeinde ein Schulhaus, in dem unsere Kinder mindestens auf einer obligatorischen Schulstufe unterrichtet werden können? Welche, welche nicht?

.....

.....

2. Zeichnen sich in nächster Zeit aus demografischen, schulreformerischen oder andern Gründen Änderungen ab, welche entweder die Schliessung dieser Schule, Stufe oder Klasse, oder aber die (Wieder-)einführung weiterer Schulstufen notwendig machte?

.....

.....

3. Was hätte eine Schliessung / Wiedereinführung für die Gemeinde und namentlich für die Kinder für Folgen?

.....

.....

4. Welche Alternativen zur Schliessung/Wiedereinführung bestünden, beispielsweise für eine Kooperation mit einer oder mehreren Nachbargemeinden?

.....

.....

5. Befindet sich das heutige Schulhaus in vertretbarer Entfernung zum Wohngebiet der Kinder, müssen diese grössere Anmarschwege dorthin zurücklegen, sind diese ausreichend gesichert (Trottoirs, Fussgängerstreifen, Beleuchtung u.A.) oder ist ab und zu entfernteren Weilern und Höfen ein Busdienst für Schulkinder organisiert?

.....

.....

6. Erfüllen die Lehrer und die Infrastruktur unserer Schule die wichtigsten Bedingungen, die an einen zeitgemässen Unterricht zu stellen sind, oder drängen sich hier Anpassungen auf. Wenn ja, auf welchem Gebiet und bis wann?

.....

.....

Funktionalität — Versorgung / Ausstattung (V)

Nächster Arzt (V14)

1. Wohnt in unserer Gemeinde wenigstens ein allgemein praktizierender Arzt und ein Zahnarzt?
.....
.....
2. Vermag unser «Dorfarzt» die Nachfrage nach einer medizinischen Minimalversorgung der Gemeindebewohner zu entsprechen? Oder sind wir hier medizinisch unter- / überversorgt, während auf die Nachbarschaft vielleicht das Gegenteil zutrifft?
.....
.....
3. Besteht in unserem Dorf und seiner Umgebung Bedarf nach einem besonderen Facharzt oder einer medizinischen Hilfskraft (z.B. Hebamme, Heilgymnastin, Physiotherapeutin) und wie liesse sich eine solche für uns gewinnen?
.....
.....
4. Sind wir auch während der touristischen Hochsaison in der Lage, unsern Feriengästen in ausreichendem Masse hochstehende medizinische Dienstleistungen zu bieten? Oder was wäre vorzukehren, um saisonale Engpässe zu überbrücken?
.....
.....
5. Wo befinden sich für unsere Bevölkerung die nächsten wichtigen Spezialärzte? Sind sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen und innert welcher Zeit?
.....
.....
6. Wie könnte die Gemeinde mit dem lokalen Arzt/Zahnarzt die eigen-verantwortliche Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung und namentlich der Schulkinder und Senioren einerseits und die Selbstbehandlung bei Bagatellfällen andererseits fördern (Sport, Schulzahnpflege, Vorträge, Kurse, Merkblätter, Internetinformationen usw.)?
.....
.....

Funktionalität — Versorgung / Ausstattung (V)

Bediente Poststelle (V15)

1. Verfügen wir über eine bediente Poststelle und wird sie uns auch mittel- bis langfristig erhalten bleiben? Oder bestehen seitens der PTT Pläne, sie früher oder später aufzugeben, umzustrukturieren oder auch nur ihre Dienstleistungen einzuschränken?
.....
.....
2. Ist unsere Poststelle für alle Gemeindebewohner und besonders für grössere Kunden (Behörden, Industrie, Gewerbe, Handels- und Dienstleistungsbetriebe) verkehrstechnisch optimal gelegen und bietet sie ausreichend Parkplätze für Anlieferer und posteigene Fahrzeuge? Oder wäre ein geeigneterer Standort erwünscht?
.....
.....
3. Entsprechen die Öffnungszeiten der Poststelle den Bedürfnissen der Kundschaft? Ab wann können Postfachhalter morgens ihre Post abholen und bis wann am Schalter aufgeben, damit sie noch gleichentags spedierte wird?
.....
.....
4. Bis wann bekommen in den verschiedenen Gemeindeteilen die Haushaltungen ihre Brief- und Paketpost, wie ist der Zustelldienst organisiert, genügt er oder wären Verbesserungen nötig und möglich und wie liessen sich diese verwirklichen?
.....
.....
5. Ist unsere Gemeinde flächendeckend und an den zweckmässigsten Orten mit Briefkästen versehen oder gibt es Quartiere und Weiler, die nicht erschlossen sind und andere, die sich durch demografische Veränderungen kaum mehr benützt werden und aufheben liessen?
.....
.....
6. Steht den Postkonto-Inhabern ein Postomat zur Verfügung, oder wäre ein solcher sowohl von den Einheimischen als auch von den Feriengästen erwünscht?
.....
.....

Funktionalität — Versorgung / Ausstattung (V)

Bankgeschäftsstelle (V16)

1. Wie viele Banken finden sich in unserer Gemeinde? Handelt es sich um die Filialen einer Sparkasse, Regionalbank, Kantonalbank oder Grossbank?
.....
.....
2. Wo seht/stehen diese Bank(en)? Ist/sind sie für alle Gemeindebewohner und insbesondere für Geschäftskunden verkehrstechnisch günstig gelegen und gibt es ausreichend Parkplätze für die Kundschaft, auch während der touristischen Hochsaison?
.....
.....
3. Bietet/bieten diese Bank(en) alle gängigen Dienstleistungen eines Geldinstitutes an, oder ist ihr Tätigkeitsbereich beschränkt?
.....
.....
4. Von wann bis wann sind die Banken in der Regel geöffnet, entsprechen die Schalterzeiten den Bedürfnissen der einheimischen Kunden und berücksichtigen sie während der Hochsaison den Tagesrhythmus der Feriengäste (z.B. bediente Schalter auch über die Mittagszeit, an Samstagen und/oder abends)?
.....
.....
5. Ist/sind die Bank(en) mit Bancomaten ausgerüstet, im Gebäude oder ausserhalb und sind diese für die Kundschaft ausreichend geschützt?
.....
.....
6. Wo finden Kunden, die auf besondere Bankdienstleistungen angewiesen sind, die nächstgelegene Filiale der Kantonalbank oder einer Grossbank?
.....
.....

Funktionalität — Versorgung / Ausstattung (V)

Bankdienstleistung (Bancomat, Postomat) (V17)

1. Gibt es in unserer Gemeinde einen Bancomaten? Wo? Im Ortszentrum, im Vorraum einer Bank oder ist er von der Strasse aus zu bedienen?
.....
.....
2. Verfügt unsere Poststelle über einen Postomaten, steht er im Schalterraum oder kann er nur von der Strasse aus bedient werden?
.....
.....
3. Bieten die Bancomaten und Postomaten auf unserem Gemeindegebiet den Benützern ausreichende Sicherheit (Einsicht, Beleuchtung, Rückspiegel, Videokamera, technischer Standard) gegenüber unerwünschten Beobachtern?
.....
.....
4. Werden diese Anlagen von Einheimischen, Feriengästen, Tagesausflüglern und andern Passanten rege benützt, sodass sie auch in Zukunft bestehen bleiben? Oder sind diesbezüglich Änderungen vorgesehen?
.....
.....
5. Falls in unserem Dorf weder ein Bancomat noch ein Postomat vorhanden sind, wo sind die nächstgelegenen Geräte dieser Art installiert? In zumutbarer Entfernung und günstiger Verkehrslage?
.....
.....
6. Besteht in unserer Bevölkerung das Bedürfnis nach einer Bancomat- und / oder Postomatanlage auf dem eigenen Gemeindegebiet? Wie könnten die Behörden dazu beitragen, dieses Ziel rasch möglichst zu erreichen?
.....
.....

Funktionalität — Erschliessung / Erreichbarkeit (E)

Weitgehend vorhandenes Fuss- und Radwegnetz an Hauptverkehrswegen (E2)

1. Besteht in unserer Gemeinde längs der Hauptverkehrsachsen ein Fussgänger- und Radwegnetz und welche Zielorte innerhalb ihres Gebietes verbindet es?
.....
.....
2. Gewährleistet dieses Netz, dass alle wichtigen Zielorte auf Gemeindegebiet durchgehend leicht zu erreichen sind?
.....
.....
3. Befriedigt das vorhandene Fussgänger- und Radwegnetz bezüglich der Sicherheit seiner Benutzer und übrigen Verkehrsteilnehmer?
.....
.....
4. Wo müssten in unserem Fussgänger- und Radwegnetz Lücken geschlossen oder Schwachstellen behoben werden?
.....
.....
5. Welche Massnahmen rechtlicher, planerischer, baulicher und / oder verkehrslenkerischer Natur wären zu ergreifen, um die bestehenden Mängel zu beheben oder zu mildern?
.....
.....
6. Sind im Fussgänger- und Radwegnetz Probleme auszumachen, die zu bewältigen auf grössere politische Schwierigkeiten stossen dürften und die deshalb eine besonderen Strategie erfordern, um sie Erfolg versprechend bewältigen zu können?
.....
.....

Funktionalität — Erschliessung / Erreichbarkeit (E)

Direkte Verbindungen (E6)

1. Welche öffentlichen oder halböffentlichen Verkehrsmittel stehen unserer Bevölkerung zur Verfügung, um das nächste Regionalzentrum auf direktem Weg zu erreichen?
.....
.....
2. Mit welchen Reisezeiten müssen sie dabei im günstigsten Fall rechnen und wie oft auf welche Verkehrsträger umsteigen, um das Regionalzentrum zu erreichen und durch welche Massnahmen liessen sich diese erheblich verkürzen?
.....
.....
3. Wie viele Verbindungen bieten diese Verkehrsträger an Werk-, Sonn- und Feiertagen sowie in der Hoch-, Zwischen- und Nachsaisonzeit täglich an? Wann verlassen morgens die ersten Züge/ Busse unsere Gemeinde Richtung Regionalzentrum und treffen von dort abends die letzten bei uns ein?
.....
.....
4. Werden für Pendler, die im Regionalzentrum oder in unserer Gemeinde / Region arbeiten/zur Schule gehen / wohnen / ausgehen, frühmorgens, abends oder nachts in einem dichteren Takt zusätzliche Kurse geführt, eventuell sogar direkte oder solche mit weniger Zwischenhalten? Wenn nein, was spräche dafür, solche vielleicht zusammen mit andern Gemeinden einzuführen und zu welchen Zeiten?
.....
.....
5. Sind auch weiter vom Ortskern entfernte Streusiedlungen und Wohnquartiere über ein dezentrales Zubringersystem ausreichend an die öffentlichen Verkehrsmittel mit direkten Verbindungen ins Zentrum angeschlossen? Wie oft? An welchen Tagen und zu welchen Tages- und Jahreszeiten?
.....
.....
6. Hat unsere Gemeinde alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Abwanderung und den Pendlerverkehr von hier ins Zentrum zu reduzieren und durch attraktive Bedingungen potenzielle Arbeitgeber von Zentren in unsere Gemeinde zu locken?
.....
.....

Siedlung — Bauliche Entwicklung (B)

Objekte unter Schutz von Kanton oder Bund, ohne Sakralbauten (B1)

1. Ist in unserer Gemeinde ein Inventar der schützenswerten Bauten und Anlagen vorhanden? Wann wurde es erarbeitet und wann letztmals ergänzt oder revidiert und warum?
.....
.....
2. Welche historischen Gebäude auf unserem Gemeindegebiet stehen unter dem Schutz der Eidgenossenschaft und sind durch Intervention des Bundes erhalten oder mit seiner Hilfe renoviert worden?
.....
.....
3. An welche Bauten haben der Kanton und/oder die Gemeinde Renovationsbeiträge geleistet und welche sind von diesen formell unter Schutz gestellt worden?
.....
.....
4. Wem gehören die geschützten Liegenschaften (der politischen Gemeinde, der Bürgergemeinde, der Kirchgemeinde, Stiftungen, Firmen, Privatpersonen?) und welche Auflagen an die Eigentümer sind mit ihrem Schutz verbunden?
.....
.....
5. Werden einzelne Schutzobjekte zur Zeit restauriert, renoviert, umgebaut und/oder einer neuen Nutzung zugeführt, liegen dafür (Vor-)Projekte und Baugesuche vor, oder drängen sich zu ihrer Substanzerhaltung rasch konkrete Massnahmen auf?
.....
.....
6. Inwiefern ist die Gemeinde daran interessiert, geschützte aber noch nicht sanierte historische Gebäude sowie schützenswerte und noch nicht inventarisierte Bauten zu erhalten und wie könnte sie dazu beitragen?
.....
.....

Siedlung — Bauliche Entwicklung (B)

Spezielle Einrichtung oder Organ für Bauvorhaben von historischen Bauten / Strukturen (B2)

1. Mit welchen Bestimmungen regelt unser Baugesetz Probleme des Ortsbildschutzes und der Ortsbildpflege? Reichen diese aus oder inwiefern sollten sie geändert, verbindlicher oder flexibler gefasst werden?
.....
.....
2. Steht dem Bauamt und dem Gemeinderat in Fragen des Ortsbildschutzes und der Ortsbildpflege ein Fachorgan (Kommission, Bauberater) zur Seite, das diese dauernd oder von Fall zu Fall kompetent und unabhängig beisteht und welche sind seine Aufgaben und Zuständigkeiten?
.....
.....
3. Falls keine derartige Instanz besteht: soll eine solche eingeführt werden, um für die Behörden Projekte zu beurteilen, Gutachten zu erarbeiten, Empfehlungen abzugeben, Anträge zu stellen? Wie müsste dieses Gremium zusammengesetzt und mit welchen Kompetenzen ausgerüstet sein und nach welchen Prinzipien arbeiten?
.....
.....
4. Mit welchen Fachstellen des Bundes und des Kantons spannt unsere Gemeinde regelmässig zusammen, um Probleme der Kulturgütererhaltung, der Denkmalpflege und des Heimatschutzes zu bewältigen?
.....
.....
5. Pfl egt unsere Gemeine auch Kontakt zu privaten Organisationen, die sich aus ideellen Motiven mit Ortsbildfragen befassen und wie versuchen wir, deren Anliegen in unsere Meinungsbildungsprozesse einzubeziehen?
.....
.....
6. Bei welchen Objekten hat unsere Gemeinde in den letzten zehn Jahren mit welchen öffentlichen oder privaten Fachstellen zusammen gearbeitet, worum ging es im Einzelnen und was für Erfahrungen wurden dabei gemacht?
.....
.....

Siedlung — Bauliche Entwicklung (B)

Abbrüche und Auskernungen in historischen Gebäuden (B3)

1. Sind in den letzten 25 Jahren im historischen Ortskern oder im übrigen Gemeindegebiet schützenswerte historische Gebäude abgebrochen worden? Weshalb? Warum waren sie nicht zu retten?

2. Was für neue Bauten und Anlagen sind an ihre Stelle getreten und wie haben sich diese auf unser Ortsbild ausgewirkt?

3. Wurden in der jüngeren Vergangenheit erhaltenswürdige Altbauten ganz oder teilweise ausgekernt, sodass wesentliche Elemente ihrer Bausubstanz verloren gegangen sind und die Objekte kaum mehr als authentische Zeugen der Vergangenheit bezeichnet werden können?

4. Mussten während der letzten Jahre bei Sanierungen historischer Bauten wiederholt umstrittene Kompromisse eingegangen werden, die unwiederbringliche Substanzverluste zur Folge hatten? In welchen Fällen, warum und was wurde dabei geopfert?

5. Gibt es bei uns Beispiele von sanften und nachhaltigen Renovationen, die anderen Projekten als Modell gedient haben oder dienen könnten? Was zeichnet sie besonders aus und welche Lehren lassen sich daraus für die künftige Kulturgüterpolitik unserer Gemeinde ziehen?

6. Wie könnte unsere Gemeinde die Hauseigentümer am wirksamsten motivieren, damit diese Gebäude von historischem, kulturellem, architektonischem oder gesellschaftlichem Wert nicht vorzeitig aufgeben, abreißen oder unsachgemäss umbauen lassen?

Siedlung — Bauliche Entwicklung (B)

Gebiete, Bauten, Aussenräume mit spezifischen Festlegungen in der Nutzungsplanung (B4)

1. Auf welchen Rechtsgrundlagen und Entscheidungen der Stimmbürger und Behörden beruhte bisher unsere kommunale Politik zur Erhaltung historischer Siedlungsteile?
.....
.....
2. Entspricht diese Politik noch immer dem Willen einer Mehrheit unserer Bevölkerung, oder zeichnet sich ein Gesinnungs- und Wertewandel ab, den es im Hinblick auf die zukünftigen Bemühungen um das baugeschichtliche Erbe zu berücksichtigen gilt?
.....
.....
3. Welche Ortsteile, Gebäudegruppen, Einzelhäuser, Anlagen und Freiräume von historischer, städtebaulicher, kultureller, sozialer oder wirtschaftlicher Bedeutung für unsere Gemeinde sind hinreichend geschützt?
.....
.....
4. Gibt es Ensembles und Einzelobjekte, die bisher vernachlässigt wurden oder akut gefährdet sind und die es verdienen, ebenfalls erhalten und gepflegt zu werden?
.....
.....
5. Genügen die planerischen und rechtlichen Instrumente, um die unter Punkt 3 und 4 aufgeführten Bauten auch längerfristig zu schützen, zu unterhalten und sinnvoll zu nutzen? Oder müssen diese ergänzt, geändert oder erst noch geschaffen werden?
.....
.....
6. Wie und wann müssten die Liegenschaftsbesitzer, Behörden, Fachleute, Stimmbürger und übrigen Dorfbewohner in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess einbezogen werden, um zu einem politisch breit abgestützten Konsens in Bezug auf unsere Ortsbilderhaltungspolitik zu finden?
.....
.....

Siedlung — Bauliche Entwicklung (B)

Wille zur Umnutzung (B5)

1. Wer behandelt in unserer Gemeinde Gesuche für die Restaurierung, Renovation oder den Umbau historischer Gebäude und wie wird dabei vorgegangen?
.....
.....
2. Sind unsere politischen Entscheidungsträger bereit und in der Lage, ihre Verantwortung im Umgang mit historischen Bauten wahrzunehmen und entsprechende Anliegen durchzusetzen?
.....
.....
3. Wo bereiten die Verfahren bei Bauprojekten im Zusammenhang mit historischen Gebäuden am häufigsten Schwierigkeiten und weshalb?
.....
.....
4. Bemüht sich unser Bauamt, umbauwillige Besitzer historischer Liegenschaften so früh wie möglich anzusprechen und was tut es, um diese und deren Architekten bei der Suche nach objekt-, standort- und ortsbildgerechten Lösungen zu unterstützen?
.....
.....
5. Steht unserer Baubehörde als beratendes Organ eine aus ausgewiesenen Fachleuten zusammengesetzte Ortsbild-, Denkmal- oder Heimatschutzkommission zur Seite, oder sollte eine solche eingeführt werden? Was wären ihre Vor- und Nachteile?
.....
.....
6. Fehlt eine gemeindeeigene Kommission: werden zur Projektbeurteilung oder als Gutachter die Dienststellen des Bundes oder Kantons, unabhängige Expertengremien (EKD, ENHK) und/oder private Bauberater beigezogen, mit welchem Erfolg und wie wäre die Zusammenarbeit mit diesen zu optimieren?
.....
.....

Siedlung — Bauliche Entwicklung (B)

Gebiete, die nach einer erkennbaren Gestaltungsidee (Bebauung, Erschliessung) entwickelt werden und das Nachbargebiet berücksichtigen (OP u.Ä) (B6)

1. Wie ist die gestalterische Qualität unserer Neubauquartiere im allgemein zu beurteilen und wie gliedern sich diese in die historisch gewachsenen Strukturen ein?
.....
.....
2. Worauf lassen sich die gelungensten und missratensten Gestaltungsbeispiele von neuen Überbauungen und Einzelgebäuden zurückführen, was kennzeichnet sie und welche Lehren für die Zukunft müssen daraus gezogen werden?
.....
.....
3. Ist unsere Bauordnung auf eine Siedlungsentwicklung ausgerichtet, die höchsten ökologischen, lebensräumlichen, städtebaulichen, architektonischen und energietechnischen Ansprüchen zu genügen vermag?
.....
.....
4. Was müssen wir an unsern planerischen und gesetzlichen Grundlagen ändern, um die gestalterische Qualität von Neu- und Umbauten in unserer Gemeinde zu erhöhen?
.....
.....
5. Fördern oder behindern das geltende Baubewilligungsverfahren und die darin involvierten Instanzen (Gemeinderat, Bauamt, Fachkommissionen, Berater) bei uns die Neubauqualität? Weshalb?
.....
.....
6. Schöpfen wir alle Möglichkeiten aus, um über die Raumplanung, die Bauordnung und das Baubewilligungsverfahren hinaus eine hoch stehende Baukultur zu sichern, oder womit könnten wir diese zusätzlich begünstigen (z.B. Wettbewerbe, Bauprämierungen, steuerliche Anreize o.ä.)?
.....
.....

Umwelt (U)

Lärmbelastung am Wohnort (U1)

1. Sind während der letzten 5-10 Jahren in unserer Gemeinde Lärmmessungen und / oder Erhebungen über die Nebenwirkungen des Lärms durchgeführt worden? Durch wen und was haben sie ergeben?
.....
.....
2. In welchen Quartieren und an welchen Strassen sind bei uns die Lärmimmissionen am stärksten, wer verursacht sie und zu welchen Tageszeiten sind sie am höchsten und am niedrigsten?
.....
.....
3. Wie wirken sich die Lärmimmissionen in den fraglichen Gebieten auf die Bevölkerungsstruktur aus und wie haben die Behörden und der Wohnungsmarkt (Liegenschaftsbesitzer / Investoren / Immobilienhandel) bisher darauf reagiert?
.....
.....
4. Sind unsere Siedlungs- und Verkehrspolitik aufeinander abgestimmt, oder fördert ihr Missverhältnis eine lärmintensive Zwangsmobilität innerhalb der Gemeinde und der Region und wo bekommen diese die Anwohner besonders stark zu spüren?
.....
.....
5. Mit welchen planerischen, baulichen, technischen und verkehrslenkenden Massnahmen (Siedlungs- und Verkehrsplanung, Umfahrung, Lärmschutzwände, Lärm-dämmung bei Wohnbauten, Temporeduktion, Fahrverbot, Verlegung lärmintensiver Betriebe, Park & Ride u.a.) wurde bisher versucht, die Probleme zu lindern?
.....
.....
6. Finden lärmberuhigende Vorkehrungen für bestimmte Gemeindegebiete innerhalb der übrigen Bevölkerung den nötigen politischen Rückhalt, oder scheitern diese an Partikularinteressen und am mangelnden Umsetzungswillen der Behörden?
.....
.....

Umwelt (U)

Bevölkerung in Gebieten mit Güteklasse X nach Langzeit-Luftbelastungsindex (LBI) (U2)

1. Bestehen für unsere Gemeinde wissenschaftliche Daten über den Zustand und die Veränderungen der Luftqualität? Wann und von wem wurden sie erhoben?
.....
.....
2. Erfüllen diese Messergebnisse die Vorgaben der Luftreinhalteverordnung, oder befinden wir uns diesbezüglich im Rückstand und besteht ein Handlungsbedarf?
.....
.....
3. Gibt es in unserer Gemeinde Gebiete, die durch motorisierten Verkehr, Heizungen, Industrie-, Versorgungs- und Entsorgungsanlagen lufthygienisch ausserordentlichen Belastungen ausgesetzt sind und wo deshalb Gegenmassnahmen geboten wären?
.....
.....
4. Sind unsere Siedlungs- und Verkehrspolitik aufeinander abgestimmt, oder fördert ihr Missverhältnis eine Zwangsmobilität innerhalb der Gemeinde, die der Luftreinhaltung zuwider laufen und langfristig die Gesundheit der Bevölkerung (z.B. chronische Bronchitis von Kleinkindern und Betagten) gefährden könnten?
.....
.....
5. Setzt unsere Gemeinde die Feuerungskontrollen von privaten und industriellen Heizungen nach den Vorgaben der Luftreinhalteverordnung konsequent durch?
.....
.....
6. Was unternimmt die Gemeindebehörde, um die Nutzung von erneuerbaren Energien (etwa Holz, Sonnenenergie, Erdwärme, Windkraft) und der Abwärme von Grossanlagen (Industrie, Hotels, Bäder usw.) sowie energiesparende Baukonzepte zu fördern?
.....
.....

Umwelt (U)

Brutvögelindex (U3)

1. Sind alle naturnahen Räume, Pflanzen-, Vögel und Tierarten innerhalb des Siedlungsgebietes unserer Gemeinde in einem Inventar erfasst, raumplanerisch ausgeschieden und gesetzlich ausreichend geschützt, oder wo besteht ein Nachholbedarf?
.....
.....
2. Liegen Naturelemente wie Trockenwiesen, Gewässer, Bäume, Hecken, Gärten usw. gleichmässig über das ganze Siedlungsgebiet verstreut, sodass alle Quartiere von einer hohen Lebensqualität profitieren, oder gibt es diesbezüglich vernachlässigte Gebiete?
.....
.....
3. Liessen sich einzelne Dorfteile zum Beispiel durch Renaturierungsmassnahmen ökologisch aufwerten? Welche und wodurch?
.....
.....
4. Ist unser Bauamt bestrebt, Strassenränder und andere öffentliche Grünflächen mit artenreichem Saatgut zu bepflanzen und damit zu einer vielfältigen Flora im Siedlungsraum beizutragen? Wo konkret wurden in den letzten Jahren solche Projekte verwirklicht, wie haben sie sich ausgewirkt und welchen Anklang haben sie gefunden?
.....
.....
5. Durch welche Massnahmen könnten wir ausgestorbene oder selten gewordene Vogel- und nützliche Insektenarten (z.B. Brutvögel, Schmetterlinge, Bienen) wieder in den besiedelten Raum locken und ihnen hier günstige Lebensbedingungen bieten?
.....
.....
6. Ist bei Umfahrungen und im siedlungsnahen Skisportgebiet für sichere Durchlässe gesorgt, die es wildlebenden Tieren erlauben, ungefährdet von einem Lebensraum zum andern zu wandern? Oder wo wären solche erwünscht und einfach zu erstellen?
.....
.....

Umwelt (U)

Minergiebauten (U4)

1. Wie viele Neubauten sind in den letzten 5-10 Jahren auf unserem Gemeindegebiet erstellt, wie viele alte Liegenschaften umgebaut und in wie vielen Gebäuden die Heizungssysteme erneuert worden?

2. Welche Bauten wurden mit herkömmlichen (Erdöl/Gas/Strom) und mit alternativen Heizungen ausgerüstet und weshalb?

3. Zu welchen alternativen Heizsystemen (z.B. Minergiebauten, Holzschnitzelfeuerung, Erdwärme, Sonnenenergie, Brennstoffzellen) wurde am häufigsten gegriffen, von wem (Gemeindewerke, Industrie/Gewerbe, Private) und mit welchem Erfolg?

4. Was wird in unserer Gemeinde unternommen, um die Bevölkerung und namentlich die Hauseigentümer über die Möglichkeiten, Vorzüge und neuesten Entwicklungen bei energiesparenden und umweltfreundlichen Heiztechniken aufzuklären?

5. Welche Anreize könnte die Gemeindebehörde privaten, industriellen und gewerblichen Hausbesitzern bieten, um diese bei neuen Projekten zu Minergiebauten und bei bestehenden Häusern zur Umrüstung auf nachhaltige Heizsysteme zu bewegen?

6. Gibt es in unserer Gemeinde industrielle und gewerbliche Betriebe, die in grösseren Mengen Abwärme erzeugen, die für gemeinschaftliche Anlagen (Schulhäuser, Mehrzweckhallen, Bäder u.a.) genutzt werden und für welche die öffentliche Hand oder eine private Trägerschaft die Infrastruktur bereitstellen könnte?

Umwelt (U)

Wassermenge vor ARA (U5)

1. Wie hoch war die jährliche Niederschlagsmenge in unserem Gebiet während der letzten 25 Jahren und wie haben sich im selben Zeitraum unsere (Trink-)Wasserreserven entwickelt?
.....
.....
2. Gibt es gesicherte Anhaltspunkte für klimatische Veränderungen in unserer Gegend und was lässt sich daraus in Bezug auf die langfristige Entwicklung unserer Wasserreserven folgern?
.....
.....
3. Wieviel Wasser ist in unserer Gemeinde während des letzten Vierteljahrhunderts verbraucht worden? Insgesamt? Pro Kopf der Bevölkerung? Pro Haushalt? Von gewerblichen und industriellen Einzelbetrieben? Welche Tendenz ist daraus abzuleiten?
.....
.....
4. Worauf lässt sich die Zu- oder Abnahme des Wasserkonsums zurückführen und wie dürfte sich das bei gleichem Trend in den nächsten 25 Jahren auf den Wasserhaushalt auswirken?
.....
.....
5. Tun wir genug, um den Wasserverbrauch in unserer Gemeinde zu senken oder zu-mindest zu stabilisieren und welche Strategien und Politiken wären zu befolgen, um dieses Ziel innert zehn Jahren zu erreichen?
.....
.....
6. Soll die die Aufklärungsarbeit über den häuslicher Umgang mit dem Wasser durch die politische Gemeinde geleistet, einem wissenschaftlichen Institut anvertraut oder einer privaten Organisation überlassen werden?
.....
.....

Gesellschaft (G)

Bei Polizei eingereichte Anzeigen (G1)

1. Mit wie vielen Strafanzeigen von Dorfbewohnern infolge krimineller Delikte musste sich die Polizei in den letzten zehn Jahren jährlich beschäftigen und haben die Straftaten während dieser Zeit zu- oder abgenommen?
.....
.....
2. Um welche Delikte handelte es sich dabei vorwiegend (Einbrüche, Diebstähle, Vandalismus, Jugendgewalt, Vergewaltigungen, Morde, Drogenprobleme usw.)? Und bei welchen dieser Vorfälle wurde eine besonders starke Zunahme registriert?
.....
.....
3. Stammten die Straftäter mehrheitlich aus dem Dorf oder von auswärts, handelte es sich um Schweizer oder Ausländer, aus welchen Ländern kamen die Letzteren, handelte es sich um Einzeltäter oder organisierte Gruppen?
.....
.....
4. Wo (Geschäfte, öffentliche Gebäude, Privathäuser, Hotels/Restaurants, Ferienwohnungen, im Freien) an welcher Opfergruppe (Kinder, Frauen, Betagte usw.) und zu welchen Tages- und Jahreszeiten wurden die meisten Taten begangen?
.....
.....
5. Inwiefern hat sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gewandelt und ihr Bedürfnis nach zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen etwa von Ladenbesitzern, Hauseigentümern, Kindern, Frauen und Betagten erhöht?
.....
.....
6. Genügt das Sicherheitsdispositiv der Gemeinde, um diesen Erwartungen zu entsprechen? Oder müsste es angepasst werden, beispielsweise beim Personalbestand, den Fahrzeugen, den Routen und der Häufigkeit der Patrouillen, der Alarmorganisation, der Koordination von Dorf-, Kantons- und Bundespolizei?
.....
.....

Gesellschaft (G)

Vereine (G2)

1. Kennzeichnet sich unserer Gemeinde durch ein aktives Gemeinschaftsleben, ein zeitgemässes, vielfältiges und integrationsförderndes Angebot für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen aus? Oder was lässt zu wünschen übrig und warum?
.....
.....
2. Welche aktiven Vereine gibt es hier, auf welchen Gebieten sind sie tätig (Politik, Wirtschaft, Sozialwesen, Kultur, Sport, usw.) und wie viele Mitglieder zählen sie?
.....
.....
3. Sind die lokalen Vereine und Institutionen in der übrigen Bevölkerung verankert und werden sie von dieser unterstützt – etwa durch den Besuch ihrer Anlässe, personelle oder materielle Hilfe?
.....
.....
4. Was tut die Gemeinde, um das Vereinsleben zu fördern und den verschiedenen Organisationen gute Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeiten zu bieten (Veranstaltungslokale, Sitzungszimmer, Proberäume, Sportanlagen usw.), oder könnte sie hier im Interesse der Wohnattraktivität der Gemeinde mehr leisten? Was?
.....
.....
5. Verfolgen die Behörden beim Unterstützen lokaler Vereine eine klare und ausgewogene Politik? Oder werden gewisse Gruppierungen und Sachgebiete stark begünstigt und andere vernachlässigt und wie wirkt sich das auf das politische Klima aus?
.....
.....
6. Stehen bei uns Aufgaben von öffentlichem Interesse an (z.B. Integration von Zugewanderten, Transportdienst und Mittagstisch für Schulkinder, Altersbetreuung zu Hause), die bisher ungenügend wahrgenommen wurden und die bestehenden oder neu zu gründenden Privatinstitutionen anvertraut werden könnten?
.....
.....

Finanzen (F)

Kantonssteuerertrag natürliche Personen (F1)

1. Wie viele erwerbstätige Personen zählte unsere Gemeinde in der Landwirtschaft, in Industrie/Gewerbe und im Dienstleistungssektor vor 50, 25 und 10 Jahren, wie viele sind es heute?
.....
.....
2. Worauf sind die Veränderungen in der Erwerbsstruktur unserer Bevölkerung im obigen Zeitraum zurückzuführen?
.....
.....
3. Wie hat sich während der gleichen Periode und in denselben Sektoren das durchschnittliche steuerbare Jahreseinkommen von natürlichen Personen entwickelt und welche Zukunftsperspektiven (Probleme und Chancen) sind zu erkennen?
.....
.....
4. Wo rangiert unsere Gemeinde bezüglich ihres Steuerfusses und Kantonssteuerertrages, verglichen mit den Nachbarn und ähnlich gelagerten Gemeinden in andern Regionen des Kantons und was ist daraus zu schliessen?
.....
.....
5. Müssen alle Investitionen, die sich unsere Gemeinde für die nächsten Jahre vorgesonnen hat oder die wünschenswert wären, unbedingt im vorgesehenen Umfang oder Zeitpunkt und im Alleingang verwirklicht werden, oder was spräche dafür, sie zu redimensionieren, zu etappieren und/oder regional anzupacken?
.....
.....
6. Mit welcher mittel- und längerfristigen Finanzpolitik können wir erreichen, dass unsere Gemeinde für natürliche Personen aller Einkommensschichten auch in steuerlicher Hinsicht ein attraktiver Wohnort wird und bleibt?
.....
.....

Schlüsselfragen für ländliche Gemeinden (LG)





Amt für Raumentwicklung
Graubünden
Ufficio cantonale per lo sviluppo
del territorio dei Grigioni
Ufficio per il svilup del territori
dal chantun Girschun

Impressum

Dieser Beitrag entstand im Rahmen von CulturALP, ein vom Bund mitfinanziertes INTERREG IIIB «Alpine space» Projekt.

Herausgeber:
Amt für Raumentwicklung Graubünden
Grabenstrasse 1, 7001 Chur
Tel. 081 257 23 23, Fax 081 257 21 42
E-Mail: info@are.gr.ch

Autor:
Marco Badilatti, Zumikon;
Projektleiter:
Alberto Ruggia, ARE;

Fotos:
Alberto Ruggia, ARE

Gestaltung:
G.P. Tschuor, ARE

Nachdruck oder Vervielfältigung mit
Quellenangaben erwünscht

